

es auf längere Sicht keine Lockerung der Ein-Kind-Politik geben wird. Von offizieller Seite wurde Vermutungen entgegengetreten, Ehepaare könnten mehr Kinder haben, wenn sie dafür zahlten. Eine solche Mentalität, sich Kinder für Geld zu erkaufen, wurde als dem Gesetz zuwiderlaufend bezeichnet. Stattdessen wurde auf den humanen Charakter des Gesetzes hingewiesen. Dieser manifestierte sich darin, dass das Gesetz die Rechte und Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stellte und weitgehend auf Verbote verzichtete.

Wie der Familienplanungsminister Zhang Weiqing erläuterte, sind die Provinzen jetzt dabei, ihre bisher geltenden lokalen Bestimmungen zur Familienplanung zu revidieren. Diese müssten mit dem nationalen Gesetz in Einklang gebracht werden. In den meisten lokalen Bestimmungen spielten die Strafgebühren noch die Hauptrolle; denn die örtlichen Verwaltungen kassierten die Strafgebühren, um davon ihre Familienplanungsarbeit zu finanzieren. Diese Praxis habe unweigerlich zu Machtmissbrauch und Korruption geführt. Demgegenüber schiebe das neue nationale Gesetz dieser Praxis der willkürlichen Verhängung von Geldstrafen für Geburten außerhalb des Plans einen Riegel vor, indem es verfüge, dass die Strafgebühren in einen Spezialfonds fließen müssen. Aus diesem Fonds wird der Unterhalt für Kinder bezahlt, die der Gesellschaft zur Last fallen.

Die Art und Weise, wie das nationale Familienplanungsgesetz von offizieller Seite interpretiert wird, lässt auf eine weichere Gangart schließen. Zwar wird es, wie immer wieder versichert wird, keine Lockerung der Politik geben, aber die Durchsetzung des Gesetzes soll zurzeit anscheinend weniger rigoros gehandhabt werden. In diesem Geist wurde auch Anfang September eine Arbeitstagung der Staatlichen Familienplanungskommission abgehalten, die in Mudanjiang (Heilongjiang) stattfand und bei der es um eine umfassende Reform der Bevölkerungs- und Geburtenplanung ging (vgl. RMRB, 7.9.02). Man habe ein neues Stadium in der Bevölkerungsentwicklung erreicht, hieß es, jetzt gelte es, die niedrige Geburtenrate zu konsolidieren. Dabei komme es vor allem auf sichere und wirksame Verhütungsmittel an und entsprechend gute Dienste mit gut geschultem Personal. Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit wird jetzt gefordert, dass mehr auf die Interessen der Bevölkerung eingegangen wird und die Geburtenregelung möglichst konfliktfrei durchgesetzt wird. Die Familienplanungsarbeit soll sich strikt an das Gesetz halten; sie soll sich vornehmlich auf die Basis konzentrieren, wobei die Dorfbewohner maßgeblich beteiligt und selbst verantwortlich sein sollen. -st-

tungsmittel an und entsprechend gute Dienste mit gut geschultem Personal. Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit wird jetzt gefordert, dass mehr auf die Interessen der Bevölkerung eingegangen wird und die Geburtenregelung möglichst konfliktfrei durchgesetzt wird. Die Familienplanungsarbeit soll sich strikt an das Gesetz halten; sie soll sich vornehmlich auf die Basis konzentrieren, wobei die Dorfbewohner maßgeblich beteiligt und selbst verantwortlich sein sollen. -st-

21 Schärfere Vorgehen gegen Kinderarbeit

Die 1991 erlassenen Bestimmungen zur Unterbindung von Kinderarbeit werden zurzeit einer Revision unterworfen. Diese Bestimmungen, so hieß es von Regierungsseite, hätten eine wichtige Rolle bei der Einschränkung der Kinderarbeit gespielt und die Rechte und Interessen Jugendlicher unter 16 Jahre geschützt, aber als Folge der sozioökonomischen Veränderungen in China im vergangenen Jahrzehnt reichten die Bestimmungen nicht mehr aus. Sie verbieten die Einstellung von Kindern unter 16 Jahre, aber sie ermangeln einer klaren Definition, was Kinderarbeit ist. Auch waren die bei Verstößen vorgesehenen Strafen zu milde. Die vage Definition der Kinderarbeit hat insbesondere auf dem Lande Schulen und Betrieben viele Schlupflöcher für die Anstellung minderjähriger Schulkinder in sog. Arbeits-Studien-Programmen gelassen. Zahllose Schulen unterhalten Schulfabriken, in denen sie Kinder arbeiten lassen, und dies nicht immer nur zum Zweck des Arbeitsunterrichts, sondern um aus den Erträgen die Schule zu finanzieren. Außerdem werden viele Kinder aufgrund von Armut dazu getrieben, sich bezahlte Arbeit zu suchen. Skrupellose Arbeitgeber nutzen die Situation aus, indem sie die Kinder ausbeuten und unter unwürdigen Bedingungen unterbringen. Gegen solche Praktiken muss schärfer vorgegangen und müssen die Strafen erhöht werden, so wird gefordert. In dem revidierten Entwurf sind auch schärfere Kontrollen vonseiten der Behörden vorgesehen. Nach Inkrafttreten des revidierten Entwurfs bleibt allerdings das Problem der Armut un-

gelöst. Die in China recht verbreitete Kinderarbeit ist schwer zu entdecken, weil die Kinder häufig in kleinen Betrieben arbeiten. Dort verdienen sie pro Monat nur 100 bis 300 Yuan. Harte körperliche Arbeit ist neben Lungentzündung und Unterernährung eine der drei Hauptursachen für den Tod von Jugendlichen unter 18 Jahre. (Xinhua, 18.9.02, nach BBC PF, 18.9.02; SCMP, 20.9.02) -st-

Außenwirtschaft

22 US-Unternehmen: Bürokratie behindert Einhaltung der WTO-Beitrittsvereinbarungen

Nach Einschätzung einiger US-Unternehmen ist die chinesische Führung bereit, die WTO-Auflagen der Marktöffnung zu erfüllen, doch Teile der Bürokratie behinderten Fortschritte bei der Gleichstellung ausländischer mit chinesischen Unternehmen. In Kommentaren, die an den US-Handelsbeauftragten gerichtet waren, beklagten verschiedene US-Lobbygruppen der Wirtschaft, dass die chinesische Bürokratie viele der eigenen Regeln nicht durchsetzt und in einigen Fällen sogar neue Maßnahmen eingeführt hat, die den WTO-Verpflichtungen widersprechen. Notwendig sei eine bessere Koordination der Regierungsabteilungen bei der Implementierung der WTO-Verpflichtungen. Aus der Sicht von Robert Kapp, Präsident des U.S.-China Business Council, versuche die Zentralregierung weder, die WTO-Auflagen zu umgehen oder zu missachten, noch sei sie nicht in der Lage, die Implementierung der WTO-Richtlinien voranzutreiben: „We perceive neither a comprehensive national government intent to evade or disregard China's WTO obligations nor a comprehensive inability at the central government level to propel China in the direction of WTO implementation.“

Mit wenigen Ausnahmen hat China einem Bericht der US-Chamber of Commerce zufolge die Auflagen zur Zollsenkung erfüllt und viele Gesetze und Bestimmungen in Übereinstim-

mung mit den WTO-Anforderungen gebracht. In anderen Bereichen jedoch, die von großer Bedeutung für US-Unternehmen sind, wie beispielsweise die Berücksichtigung geistiger Eigentumsrechte, der Zugang zum Dienstleistungssektor und die Frage der Importquoten, gebe es nur wenige tatsächliche Verbesserungen und in einigen Fällen seien sogar zusätzliche Restriktionen für Auslandsunternehmen eingeführt worden.

Aussagen von John Meakem von der National Electrical Manufacturers Association zufolge würden die Unternehmensmitglieder seines Verbandes weiterhin durch massive Verletzung von Handelsmarken beeinträchtigt. Diese Problematik nennt auch Joseph Damond vom Verband der Pharmaceutical Research and Manufacturers of America. Damond zufolge belaufe sich der Verlust durch Copyright-Verletzungen auf 10-15% der jährlichen Einkünfte der Industrie in China. Das U.S.-China Business Council kommentiert dazu, dass es China nach wie vor versäumt, die eigenen inländischen Bestimmungen zur Berücksichtigung des Copyright durchzusetzen. Nach Ansicht des US-Handelsministeriums fehlten in China der politische Wille und die rechtlichen Institutionen, um die Markenpiraterie tatsächlich zu beenden.

Kritik wird auch an der Behandlung von Importen geübt, für die Einfuhrquoten gelten. So wurden die Quoten für 2002 nicht frühzeitig genug veröffentlicht, insbesondere hinsichtlich der Einfuhrgüter Fahrzeuge, Kunstdünger, Weizen, Mais, Wolle und Zucker. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft technische Standards, die aus Sicht mancher Unternehmen zum Schutz der inländischen Industrie eingesetzt werden. So weist Meakem darauf hin, dass technische Standards für elektrische Ausrüstungen in diesem Jahr überarbeitet worden sind, um Getriebe auszuschließen, die amerikanischen Standards entsprechen. Jim Grado-ville vom U.S. Information Technology Office merkte in diesem Zusammenhang an, dass viele Technologieunternehmen aus den USA damit konfrontiert seien, dass ihre Produkte „slow, overlapping and redundant regulatory type approvals, certification, and/or testing requirements for many years...“ ausgesetzt sind.

Vor allem die vor kurzem im Dienstleistungssektor erlassenen Bestimmungen weisen nach Einschätzung vieler US-Unternehmen auf protektionistische Tendenzen hin. Beispiele sind die Versuche der China Post, ihr Monopol auf den Bereich der Express-Zustellung auszuweiten. Damit werden aus Sicht des U.S.-China Business Council bestehende Marktzugänge für ausländische Anbieter gefährdet. Andere Bereiche sind der Direktverkauf, der von Unternehmen wie Amway Corp. genutzt wird, sowie Auflagen bei der Niederlassung von Auslandsbanken und Versicherungen. So würden Kapitalanforderungen erhoben, die weit über das normale Maß hinausgingen, und die damit Barrieren für den Markteintritt und die Markterweiterung darstellen. (ASWJ, 19.9.02)

Zu einer positiveren Beurteilung der Implementation der WTO-Beitrittsauflagen kommt die American Chamber of Commerce (Ancham) in China in ihrem Bericht über die ersten neun Monate der Umsetzung des WTO-Protokolls, der auf ihrer Homepage veröffentlicht wurde. Die Außenhandelskammer kommt zu dem Schluss, dass die chinesische Regierung „fully committed“ bezüglich der Einhaltung der WTO-Auflagen ist, obwohl auch sie kritisch hinsichtlich verschiedener Entwicklungen ist. Die amerikanische Geschäftswelt in China sei nach wie vor optimistisch. So zeigt eine Umfrage von Ancham, dass 80% der Befragten erwarten, dass der WTO-Beitritt einen positiven bzw. sehr positiven Einfluss auf ihre Geschäfte haben wird. Das Geschäftsklima hat sich aufgrund niedrigerer Zölle und besserer Transparenz nach Angaben der Mitglieder verbessert. So gaben 27% der Befragten an, dass sie die positiven Auswirkungen des WTO-Beitritts bereits spüren würden, 11% gehen davon aus, dass sie die Auswirkungen innerhalb eines Jahres merken werden, während 26% glauben, dass die Auswirkungen in einem Zeitraum zwischen 1-2 Jahren zutage treten werden. Die meisten Mitglieder, nämlich 88%, gehen davon aus, dass die Auswirkungen des WTO-Beitritts innerhalb von vier Jahren auftreten werden. Hinsichtlich der Implementation der WTO-Beitrittsauflagen fasst Ancham in ihrem Bericht zusammen, dass es viele technische und praktische Prob-

leme gibt, insbesondere, wenn es um die Konsistenz in der Verwaltung und um die Durchsetzung in verschiedenen Regionen Chinas geht. (www.anchorchina.org.cn/wto/wto_1.htm)

Im Zusammenhang mit der Übernahme der WTO-Regeln ist auch Chinas Grenzhandel in den Blickpunkt der Kritik geraten. So haben die US- und die kanadische Regierung sich beschwert, dass über die russisch-chinesische Grenze im Rahmen des Grenzhandels preiswerte Güter aus Russland nach China gelangen. Seit 1996 hat China im Grenzhandel Zollbefreiungen und Steuervergünstigungen für den kleinen Grenzhandel eingeführt, die Einzelpersonen betreffen, die in einer Entfernung von 20 Kilometern zur Grenze leben und Handelswerte von weniger als 120 US\$ pro Tag exportieren. (AWSJ, 2.09.02)

Weiterhin berichtete das *Asian Wall Street Journal* am 2.9.02, dass ausländische Anbieter zur Finanzierung von Automobilkäufen nach wie vor mit großen Problemen zu kämpfen haben. Bisher liegen noch keine Bestimmungen über die Finanzierung vor, allerdings hat die Zentralbank diese für voraussichtlich Ende des Jahres angekündigt. Ein Entwurf der Bestimmungen soll eine Mindestkapitalisierung der Finanzierungsunternehmen von rd. 120 Mio. US\$ enthalten, dies wäre international betrachtet die höchste Anforderung an die Kapitalisierung solcher Unternehmen. Die Finanzierung von Automobilkäufen durch inländische Banken geht dagegen schnell voran. -schü-

23 China ratifiziert das Kyoto-Protokoll

Der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji nutzte seinen Auftritt auf dem UN-Gipfeltreffen über nachhaltige Entwicklung Anfang September im südafrikanischen Johannesburg zur öffentlichkeitswirksamen Bekanntgabe der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die chinesische Regierung. Zhus Worten zufolge unterstreiche die chinesische Billigung des so genannten Klimaprotokolls von Kyoto die positive Haltung seines Landes gegenüber der internationalen Zusammenarbeit in Fragen des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung.

In einer Pressemeldung der chinesischen Regierung hieß es, der UNO-Botschafter der Volksrepublik China habe das Ratifizierungsdokument des von China bereits am 29.5.1998 unterzeichneten Kyoto-Protokolls am 30. August 2002 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitet. Zhu Rongji selbst bekannte sich in Johannesburg dazu, dass ökonomische Entwicklung nicht über die Ausbeutung und Vernichtung natürlicher Ressourcen erreicht werden dürfe, sondern vielmehr im Dienst einer langfristigen Nutzung der natürlichen Quellen den ökologischen Kreislauf stärken solle.

Priorität für Umweltschutzpolitik ist in der Volksrepublik dringend nötig, befinden sich doch nach Angaben der WHO unter den zehn weltweit am stärksten von Luftverschmutzung geplagten Städte mindestens vier in China. Verschmutzte Luft und die davon hervorgerufenen Krankheiten sollen die Ursache von jährlich mehreren tausend Todesfällen in China sein. China hat also allen Grund, den Umweltschutzgedanken international und auch im eigenen Land zu stärken.

China selbst habe in diesem Sinne im Verlauf der letzten Jahre eine Strategie eingeleitet, die durch die Verjüngung der Nation mit den Mitteln von Wissenschaft und Technik sowie durch nachhaltige Entwicklung charakterisiert sei. Man habe dazu verschiedene Schlüsselsektoren der Nachhaltigkeit identifiziert. Dazu zählten nach Zhu nicht zuletzt mehr als 120 Gesetze und Verordnungen in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Familienplanung, Umweltschutz, Umgang mit Naturressourcen sowie präventiver und reaktiver Katastrophenschutz.

Zur Verwirklichung der Ziele des Klimaschutzes wie sie im Kyoto-Protokoll formuliert sind, bedarf es nach chinesischer Sichtweise in erster Linie der verstärkten internationalen Zusammenarbeit. Hierbei sei – so Zhu Rongji in Übereinstimmung mit der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Generallinie in der chinesischen Außenpolitik – die Verbesserung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit – sprich Technologietransfer nicht zuletzt zu Gunsten Chinas – von entscheidender Bedeutung. Hinzu komme allerdings – auch das die Botschaft der chinesi-

schen Politik seit geraumer Zeit – eine neue und faire Weltwirtschaftsordnung.

Nach Ansicht internationaler Beobachter sucht China jedoch nicht nur von Technologietransfer im Zeichen nachhaltiger Entwicklung und der aktiven Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung Vorteile zu ziehen. Zunächst dürfte es der chinesischen Regierung nicht allzu schwer gefallen sein, das Kyoto-Protokoll zu billigen, ist das Land selbst doch aufgrund seines Status als Entwicklungsland von den darin vorgesehenen Beschränkungen der Kohlendioxidemissionen weitgehend ausgenommen. Eine deutliche Reduzierung der Emissionen, die primär zum Treibhauseffekt beitragen, wird nur von industrialisierten Ländern gefordert. Kritische Beobachter sprechen in diesem Zusammenhang daher von einem billigen Propagandasieg nicht zuletzt gegenüber der US-Regierung, die sich aufgrund ihrer ablehnenden Haltung selbst ins moralische Abseits manövriert hatte.

Nicht zuletzt könnte China aufgrund seines Status aber auch von einer weiteren Regelung im Kyoto-Protokoll direkt profitieren. So ist der Handel mit Emissionszertifikaten vorgesehen, wozu jedes Land berechtigt sein soll, dass das Protokoll ratifiziert hat. China könnte auf diesem Markt zu einem Global Player werden. Insbesondere die japanische Wirtschaft könnte angesichts des Zustands der dortigen Energiewirtschaft und der Strukturen der produzierenden Industrie zu einem guten Kunden für chinesische Zertifikate werden, da die Kosten für die Einhaltung der Kyoto-Normen durch Strukturwandel und technische Innovation in Japan selbst deutlich höher sein würden. (XNA, 4.9.02; WSJ, 5.9.02; SCMP, 6.9.02) -kg-

24 Japanische Automobilkonzerne drängen nach China

Der japanische Automobilkonzern Nissan (der inzwischen zu 44% Renault gehört) und der chinesische Automobilbauer Dongfeng Motor Corp. haben Mitte September d.J. ein Abkommen über die Bildung eines Joint Ventures zur Fertigung von Personenkraftwagen, Lastwagen, Bussen und anderen kommerziell nutzbaren

Fahrzeugen geschlossen. An dem Gemeinschaftsunternehmen, das den Namen Dongfeng Automobile Co. tragen wird, wird Nissan einen Anteil von 50% haben, die maximale Beteiligungshöhe im Automobilsektor. Der Unternehmensanteil von Nissan ist mit 8,55 Mrd. RMB (1,06 Mrd. Euro) bewertet. Gleichzeitig will Nissan die Hälfte des Management im neu gegründeten Joint Venture stellen. Bestehende Produktionsanlagen in Guangdong und Hubei sollen zunächst für die Herstellung von Nissan Personenkraftwagen vom Typ Cefiro, Sunny und Bluebird Sylphy benutzt werden.

Um Dongfeng fit für das Joint Venture zu machen, soll der Unternehmensanteil, der aus dem Mutterkonzern herausgelöst wird, von seinen Schulden befreit und hinsichtlich Beschäftigung und Technologie umstrukturiert werden. Dongfeng ist der drittgrößte Automobilbauer Chinas mit einem Marktanteil von rd. 12%. Es ist ein Unternehmen im staatlichen Eigentum mit Sitz in der Provinz Hubei, das vor allem auf die Herstellung von Lastwagen konzentriert ist. Offiziellen Angaben zufolge soll das Unternehmen im Jahre 2001 einen operativen Gewinn von 2,69 Mrd. RMB (0,3 Mrd. US\$) erzielt haben und zu den Automobilherstellern gehören, die von der Zentralregierung mit der Zustimmung zum Joint Venture als Überlebenskandidaten in der anstehenden Fusionswelle innerhalb der Industrie gelten können.

Nach Einschätzung der *Financial Times* vom 20.9.02 wird das neue Joint Venture mit verschiedenen Problemen zu kämpfen haben. Hierzu zählt beispielsweise das Überangebot im Markt. Dies zusammen mit sinkenden Importzöllen nach dem WTO-Beitritt führt dazu, dass die Preise für die meisten Fahrzeuge fallen. Weiterhin könnte es zukünftig zu einer Konkurrenz um Marktanteile zwischen den in China hergestellten Nissan-Fahrzeugen und Fahrzeugen von Peugeot kommen, einem anderen Partner von Dongfeng.

Das Joint Venture will bis zum Jahre 2006 rd. 550.000 Einheiten herstellen, davon 220.000 Fahrzeuge der Marke Nissan und 330.000 der Marke Dongfeng. Innerhalb von 10 Jahren

soll dann die Produktion auf jährlich 900.000 Einheiten erhöht und das Unternehmen international wettbewerbsfähig werden.

Ende August hat Toyota, Japans größter Automobilkonzern, einen Joint-Venture-Vertrag mit dem chinesischen Unternehmen First Automotive Works (FAW), ebenfalls größter Automobilkonzern in China, unterschrieben. Das Gemeinschaftsunternehmen mit einem Startkapital von 1,27 Mrd. US\$ soll bis zum Jahr 2010 rd. 400.000 Fahrzeuge produzieren. Nähere Einzelheiten über den Vertrag sind bisher noch nicht veröffentlicht worden.

Die neuen Joint Ventures werden den Wettbewerbsdruck auf die bestehenden sino-ausländischen Joint Ventures im Fahrzeugsektor erhöhen, insbesondere auf den Volkswagen sowie General Motors. Marktführer ist immer noch Shanghai Automotive Industry mit einem Marktanteil von 43,7%, obwohl der Anteil aufgrund wachsender Konkurrenz in den letzten 18 Monaten um rd. 10% zurückgegangen ist. Die Zahl der Fahrzeugkäufe ist in den ersten sieben Monaten d.J. um 44% auf 599.445 gestiegen. Das gesamte Marktvolumen für neue Automobilverkäufe beträgt rd. 2,3 Mio. Einheiten pro Jahr, allerdings sind davon 1,6 Mio. kommerziell genutzte Fahrzeuge. Mit steigenden Einkommen in den Metropolen, vor allem in Shanghai und Beijing, wird damit gerechnet, dass die Pkw-Verkäufe schnell zunehmen. Der wachsende Binnenmarkt zählt zu den wichtigsten Gründen für das starke Interesse japanischer Automobilkonzerne an China. Als Produktionsstandort für japanische Automobilhersteller ist China auch attraktiv aufgrund der niedrigen Lohnkosten, die rd. ein Zehntel der Kosten in Japan betragen. (FT, 18.9., 19.9., 20.9.02; AWSJ, 17.9.02) -schü-

25 China auf Platz fünf im internationalen Tourismus

Nach Angaben der World Tourism Organisation lag China im Jahre 2001 bei der Zahl von Einreisen ausländischer Touristen mit 33,2 Mio. Besuchern auf Platz fünf. Dies waren 6,2% mehr als im Jahr 2000. Auch beim Einkommen aus dem internationalen Tourismus belegte China den Rang

fünf mit einem Volumen von 17,8 Mrd. US\$ (+9,7% gegenüber 2000) und lag damit vor Deutschland (17,2 Mrd. US\$) und Großbritannien (15,9 Mrd. US\$). Auf den ersten vier Plätzen erreichten die USA Einnahmen aus dem internationalen Tourismus in Höhe von 72,3 Mrd. US\$, Spanien von 32,9 Mrd. US\$ und Italien von 25,9 Mrd. US\$.

Um das Angebot auch im Bereich der Hotels der mittleren Kategorie zu verbessern, wollen ausländische Hotelketten ihre Präsenz diversifizieren. Diese Hotels sollen ebenfalls für einkommensstärkere chinesische Touristen attraktiv sein. So will die Hotelkette Marriott International die bisherige Zahl der Hotels von 32 bis zum Jahre 2005 auf rd. 50 erhöhen, insbesondere durch den Bau von Hotels der Drei-, Vier- und Fünfsterne-Kategorie. Howard Johnson International hat zwar als Nachzügler vor kurzem das erste Hotel in China eröffnet, will aber bis Mitte nächsten Jahres weitere fünf bauen. Schätzungen der Hotelkette Marriott zufolge wird die Zahl der einkommensstarken chinesischen Touristen bis zum Jahr 2008 auf rd. 200 Mio. steigen. Allerdings wird nur das obere Segment dieser Gruppe als relevant angenommen, die Preise von 70-90 US\$ pro Nacht bezahlen können.

Die Attraktivität gut geführter Mittelklassehotels ist nach Einschätzung aus der Tourismusbranche auch deswegen so hoch, weil es zwar viele Fünfsterne-Hotels gibt, diese jedoch nicht die entsprechenden Dienstleistungen bieten. In jeder Provinz falle das Niveau der Fünfsterne-Hotels unterschiedlich aus.

Die Zahl der inländischen Touristen hat in den letzten Jahren schnell zugenommen. Ende 2001 stieg die Gesamtzahl auf 784 Mio. Personen, ein Zuwachs um 5,3% gegenüber 2000. Einnahmen aus dem Inlandstourismus beliefen sich auf 352,2 Mrd. Yuan (42,4 Mrd. US\$), ein Anstieg um 10,9%. Gestiegen ist auch die Zahl der chinesischen Touristen, die ins Ausland reisen, und zwar auf 12,13 Mio. (+15,9%). (XNA, 21.9.02; NfA, 7.10.02; AWSJ, 4.9.02) -schü-

Binnenwirtschaft

26 Nationale Konferenz zur Beschäftigung von Arbeitslosen

Mitte September fand in Beijing eine Nationale Konferenz zur Beschäftigung von Arbeitslosen statt, die vom ZK der KPCh einberufen worden war. Damit signalisierte die Parteiführung, dass sie der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der schwierigen Lage der freigesetzten Arbeitskräfte aus Staatsbetrieben einen bedeutenden Stellenwert in ihrer Politik einräumt. Gleichzeitig kann vermutet werden, dass dieser Politikkomplex zu den zentralen Themen auf dem Anfang November stattfindenden 16. Parteitag zählen wird.

In einem Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zum Problem der Beschäftigung von Arbeitslosen werden die verschiedenen sozialen und politischen Dimensionen der Arbeitslosigkeit zusammengefasst. Die Wiedereinstellung von Arbeitslosen habe nicht nur Einfluss auf den Lebensstandard der Betroffenen, sondern auch auf die Beziehung zwischen der Partei und der Bevölkerung insgesamt, auf den Status der KPCh als führende Partei sowie auf die Wirtschaftsreform, die Entwicklung und die Stabilität. Die Fluktuation der Weltwirtschaft und die wirtschaftliche Restrukturierung, so der Kommentar, hätten große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nach dem WTO-Beitritt, der eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage mit sich bringen könnte. (XNA, 19.9.02)

Die Xinhua-Nachrichtenagentur fasste Auszüge aus der Rede von Staatspräsident Jiang Zemin zum Abschluss der Konferenz zusammen. Jiang unterstrich die herausragende Rolle, die die freigesetzten Arbeitskräfte der Staatsunternehmen für den Aufbau des Landes gespielt haben. Diese Arbeitskräfte müssten nunmehr durch Staat und Gesellschaft Unterstützung erhalten; innerhalb der Beschäftigungspolitik sei dies der wichtigste Aspekt. Es sei die uneingeschränkte Verpflich-